

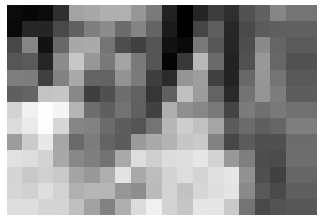
ISSN 1019-0287

Preis 60,- LUF

13. Juli 2001

erscheint freitags

13/7-22/7/2001
(film/theatre/concert/events)



Agrarwende auf dem Misthaufen



Wir brauchen mehr "bio" meinen VerbraucherInnen - und neuerdings auch PolitikerInnen. Wenn es konkret wird, verhindert die Luxemburger Regierung jedoch den "Wiessel" in unserer Landwirtschaft. Im neuen Agrargesetz tauchen Bezeichnungen wie "bio" oder "öko" nur sehr selten auf.

dës woch, Seite 3

(Foto: Christian Mosar)

Never Ending Story

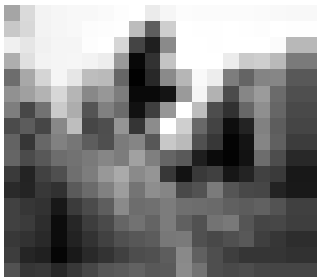
Saaraubahn: Das Gesetzesprojekt kommt nicht voran. Derweil schaffen Bagger und Betonmischer unverrückbare Tatsachen ...

aktuell, Seite 2

Insensible

Plus de trente ans après avoir délivré son plan d'aménagement de la ville, Pierre Vago est revenu à Luxembourg. L'occasion de dresser un bilan peu flatteur.

dossier, page 4



Authentisch

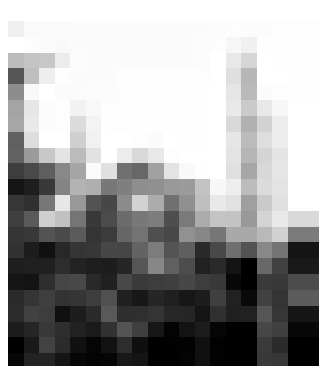
Ist Gothic Rock heute noch populär? Die MusikerInnen von "Pronoian Made" stellen sich diese Frage nicht. Sie spielen genau die Musik, die sie auch privat gerne hören.

magazine, Seite 9

Coupez!

Istanbul n'est pas connue pour ses salons de coiffure. Et pourtant notre correspondant a profité de son séjour pour s'y refaire une tête.

lifestyle, page 13



Preis: 60 LUF - 1,49 Euros



5 453000 211009

RENTENTISCH

Der Rententisch nähert sich dem Ende. Dank schwammiger Zugeständnisse in (fast) alle Richtungen dürfte die Einigung bevorstehen.

Optimismus ist angesagt: Nach der achten und somit vorletzten Sitzung des Rententischs im Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit ist das "Licht am Ende des Tunnels zu erblicken", schreibt das "Tageblatt" überschwänglich. Das "Luxemburger Wort" sagt gar für nächsten Montag die "mögliche Zielankunft" voraus. Und das, obwohl doch nach der siebten Sitzung die Luft zwischen den Rentenspezialisten als ziemlich dick beschrieben worden war.

Zu dem Stimmungsumschwung, da sind sich alle Beteiligten einig, habe der von Sozialminister Carlo Wagner am vergangenen Montag vorgelegte Maßnahmenkatalog geführt.

Der ist ein geschickter Schachzug in typischer Regierungsmanier: Von der gestaffelten Erhöhung und linearen Anhebung proportionaler Steigerungssätze (von den Gewerkschaften gefordert) über den als Jahresendzulage getarnten 13. Monat der LSAP bis hin zur Anhebung der Grundrente und ei-

ner an die bisherigen Gespräche anknüpfenden Grundsatzdebatte zu Individualisierung und Zukunft des Rentensystems (Hauptforderung der Grünen) - für jede Gruppierung, die am Rententisch vertreten ist, ist etwas im Katalog dabei. Sogar Budgetminister Luc Frieden darf sich freuen, überschreitet das geplante Maßnahmenbündel doch die anvisierte Grenze von 5,2 Milliarden LUF nicht. Allein die CSV, allen voran Premier Jean-Claude Juncker, wird ein wenig zu verdauen haben: Seine Idee, rückwirkend eine Erziehungspauschale in Höhe von 3.000 LUF pro Kind und Monat für alle nicht-berufstätigen Frauen einzuführen und über die Rentenversicherung zu finanzieren, wurde von allen anderen Parteien einstimmig abgelehnt. Immerhin zeichnet sich ein wichtiger Trostpreis ab: Die CSV kann behaupten, sich ganz besonders für die Frauen eingesetzt zu haben.

Die Kritik an der Mutterschaftszulage kommt zu Recht. Nicht nur, weil Kindererziehung als wichtige gesell-

schaftliche Arbeit entsprechend über Steuern im Rahmen der Familienpolitik zu entlohnen ist. Und nicht einsichtig ist, wieso das private Rentensystem für die Alterssicherung auch von Beamten-Hausfrauen aufkommen sollte.

Besonders zu kritisieren ist der kontraproduktive Charakter der Erziehungspauschale: Sie ist ein Instrument, das Hausfrauen gegenüber berufstätigen Müttern begünstigt, indem berufstätige Frauen mit Kindern durch den Ausschluss von der Maßnahme für ihre Berufstätigkeit bestraft werden. Das von der CSV betonte Engagement für mehr weibliche Erwerbstätigkeit entpuppt sich somit als leeres Versprechen. Statt endlich die überfällige Grundsatzdebatte über eine eigenständige Alterssicherung für Frauen zu führen, wird das alte Rollenmodell mit dem Ernährer-Ehemann und der Frau als Hausfrau und Mutter strukturell bestätigt.

Noch etwas bleibt in der Rentendebatte außen vor:

Die RegierungsvertreterInnen mahnen oft und gerne finanzielles Maßhalten bei den Rentenverbesserungen an (wobei für eigene Vorschläge wie der Mutterschaftszulage offensichtlich großzügig Ausnahmen gemacht werden), die grundsätzliche Diskussion über die zukünftige Finanzierung des Rentensystems lässt allerdings weiter auf sich warten. Das freut das Patronat: Schließlich gehörte die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe für kapitalintensive Unternehmen zu den im Vorfeld der Rentengespräche genannten Finanzierungsüberlegungen dazu. Wenn Budgetminister Frieden jetzt bedauert, dass in der Diskussion um Rentenverbesserungen zu wenig überlegt werde, welche zusätzlichen Infrastrukturkosten in Zukunft auf das Staatsbudget zukommen, ist das heuchlerisch: Seine Partei hatte selbst dafür gesorgt, dass die vor dem Hintergrund veränderter demografischer Eckdaten immer dringender werdende Finanzierungsdebatte aus diesen Rentengesprächen ausgeklammert blieben.